

München, 25.10.2016

## SPD: Mehr Geld für Bayerns Insolvenz- und Schuldnerberatung!

**Teilerfolg für die SPD im Haushaltsausschuss des Landtags: CSU-Merheit stimmt Aufstockung der Finanzmittel auf der Drängen der SPD-Fraktion zu**

Wer in Bayern mit Schulden oder sogar einer Insolvenz zu kämpfen hat, dem wird in Zukunft zumindest etwas besser geholfen. Wie der Haushaltsausschuss des Landtags heute beschlossen hat, werden die Finanzmittel für die wichtigen Schuldner- und Insolvenzberatungen der Wohlfahrtsverbände, der Städte und Landkreise erhöht. Und zwar im Jahr 2018 um zwei Millionen von vier auf sechs Millionen Euro. Damit hat sich die SPD-Landtagsfraktion zumindest in Teilen mit einem entsprechenden Antrag durchgesetzt. Die Sozialdemokraten hatten zwar eine Aufstockung der Mittel um vier Millionen Euro gefordert, ursprünglich wollte die CSU aber gar kein zusätzliches Geld locker machen.

"Offenbar hat die CSU im letzten Moment eingesehen, wie wichtig die Schuldner- und Insolvenzberatung in Bayern ist. Deshalb bin ich zufrieden, dass wir wenigstens diesen Teilerfolg feiern konnten. Unsere Hartnäckigkeit hat sich ausgezahlt. Auch wenn ich mir natürlich noch mehr erhofft habe", erklärt **Günther Knoblauch**, Mitglied des Haushaltsausschusses. "Das ist eine gute Nachricht für alle Bürgerinnen und Bürger, die sich in einer finanziellen Notlage befinden. Das Beratungsangebot ist ein überaus wichtiger Beitrag zur Lösung der Überschuldungsproblematik in der Bevölkerung."

Der SPD Politiker macht außerdem darauf aufmerksam, wie wichtig es sei, Insolvenz und Schuldnerberatung zusammenzulegen. "Bloße Insolvenzberatung ist zum Scheitern verurteilt, wenn nicht gleichzeitig im Rahmen der Schuldnerberatung auf die persönliche Problemlage eingegangen, die Überschuldungsursachen analysiert und eine Strategie zur Vermeidung weiterer Überschuldung entwickelt werden können."